

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4 gespaltene Pettizelle kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 26.

Sonntag den 1. Juli.

1900.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Neutrale Gewerkschaften?

II.

Auf dem jüngst stattgefundenen Kongress der „Christlichen Gewerkschaften“ trat die Wirksamkeit in diesen Organisationen klar zu Tage. Begründet von Parteigängern der ultramontanen Partei, um ein Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie mehr zu haben — also Arbeiter gegen Arbeiter loszulassen — wird es noch lange dauern, ehe die in „christlichen“ Gewerkschaften organisierten katholischen Arbeiter durch Erfahrungen, die sie erst aus Lohnkämpfen z. ziehen müssen, zu der unumstößlichen Anschauung gelangen, daß der Kapitalismus ihr Todfeind ist. Steht diese Ueberzeugung fest, dann ist es mit dem Einfluß der Pfaffenknechte vorbei. Dieser Einsicht folgt dann die weitere, daß speziell „christliche“ z. Organisationen für die Arbeiter nicht nötig, vielmehr schädlich sind, daß alle Arbeiter in einer einzigen Organisation sich zusammenfinden müssen, wenn sie in kraftvollem Kampfe Erfolge erringen wollen. Das ist der Wendepunkt, an dem die soweit vorgeschrittenen Arbeiter nur noch einen Schritt bis zur Sozialdemokratie zu machen haben, und am leichtesten vollzieht er sich durch den Eintritt in die freien Gewerkschaften.

Auch bei den Hirsch-Dunderschen und „evangelischen“ Arbeitervereinen ist der Entwicklungsgang ganz ähnlich. Aus all diesen Gruppen kommen die Vorgesrittenen einzeln herüber in die freien Gewerkschaften und die verlassenen Verbände müssen durch die Herausziehung Indifferenter die Lücken wieder auszufüllen suchen. Als Gesamtorganisation werden aber diese Verbände nicht so leicht und nicht so gleich dazu gelangen, sich mit den freien Gewerkschaften zu verschmelzen. Zwar sagen auch wir mit Bebel, der am 19. Juni in Stuttgart in einer Versammlung das Wort aussprach: „Die Stunde kommt, wo in den breiten Massen der katholischen Arbeiter sich die Einsicht bildet, daß auf die Dauer ihres Bleibens im Lager des Centrums nicht sein kann“ — aber es wird auch noch längere Zeit dauern, bis die „breiten Massen“ zu der Einsicht kommen. Das zeigt auch der letzte Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Die Gladbacher Richtung — Brust, Giesbertz, Braun — mag vorgeschrittener sein und die Notwendigkeit einer einzigen Organisation für die Arbeiter einsehen, aber sie hat mit zu viel Rückständigkeit katholischer Arbeiter und eben deshalb auch mit dem großen Einfluß der Geistlichkeit zu rechnen, als daß sie als ein bedeutender Faktor in den Kämpfen der Arbeiter gegen das Unternehmertum zu betrachten wäre. Wenn Brust auf dem Kongress sagte, man könne das Wort „christlich“ ruhig aus der Gewerkschaftsbewegung streichen, ferner, daß man mit den alten Verbänden (die j. Gewerkschaften sind gemeint) in praktischen Fragen zusammengehe, weil man wisse, daß in solchen Fällen diese Organisationen sich unparteiisch verhalten und von rein wirtschaftlichen Absichten leiten lassen, so zeigt das wohl, wie überflüssig ja schädlich für die Arbeiter die Gründung „christlicher“ Gewerkschaften ist, weil sie zur Zersplitterung der Arbeiter beitragen; es zeigt aber auch unseren Neutralitätspolitikern, wie überflüssig ihre Ratschläge sind für unsere Gewerkschaften: sich von mehr wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Daß das geschieht, müssen sogar die „Christlichen“ anerkennen.

Kann uns nun diese Anerkennung veranlassen, ein Gewerkschaftskartell mit den „Christlichen“ zu empfehlen?

Politische Hindernisse giebt es nicht mehr, seit das Verbot des Zuerbindungstretens politischer Vereine gefallen ist. Aber die sehr zweifelhafte Haltung der Gladbacher Richtung muß unser Bedenken erregen. Um die Arbeiter in den „christlichen“ Gewerkschaften zu halten, sind die Führer gezwungen, einen aggressiven Ton gegen das Unternehmertum anzuschlagen, aber — sagen die einen — der Lohnkampf ist kein Klassenkampf, und die anderen wollen den freien Gewerkschaften zum gemeinsamen Bunde die Hand reichen, „wenn die sozialistischen Führer es unterlassen, die Gewerkschaften als Mittel für ihre politischen Zwecke anzusehen“, ganz abgesehen davon, daß die Köln-Machener Richtung betont, die „christlichen“ Gewerkschaften „vertreten eine Weltanschauung, die ewig bestehen bleibe und von der aus es keine Brücke gebe zu den sozialistischen Gewerkschaften.“

Der Lohnkampf, überhaupt der direkte Kampf mit dem Unternehmertum mag im Nothfalle derartige Ansichten in den Hintergrund drängen, mag die kämpfenden Arbeiter diese Anschauungen über der zwingenden materiellen Sorge vergessen

lassen und sie an die Seite ihrer im Kampfe unterstützenden sozialistisch gesinnten Mitarbeiter drängen, indes, ein Kartell wird nicht unter dem Einfluß der Kampfesnot erst abgeschlossen.

Für uns ist es klar, daß die freien, von sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern gebildeten Gewerkschaften ein Kartell nur eingehen unter Wahrung des gegenseitigen Grundcharakters der kartellschließenden Gewerkschaften. Kann sich das so leicht vollziehen, wenn die Anschauungen beider Teile so grundverschieden sind? Und wenn diese zu immerwährenden Reibungen Anlaß gebenden Hindernisse vorläufig überwunden würden, das Kartell zum Abschluß käme, wer ist der gewinnende Teil? Unter allen Umständen die „christlichen“ Gewerkschaften!

Sie sind organisatorisch noch sehr zerfahren, die im Kampfe nötige Einheit mangelt ihnen; diese Schwäche würde sich auch in der Unterstützung der Kämpfenden zeigen. Dann würden die freien Gewerkschaftler vorwiegend die Lasten des Kampfes zu tragen haben. Nun wird man vielleicht sagen, es müßten eben beim Abschluß des Kartells Bestimmungen getroffen werden, daß die freien Gewerkschaften nur verhältnismäßig zu den Opfern herangezogen werden. Das ist leicht gesagt. Wenn der Kampf ein heißer ist und die festgesetzten Leistungen nicht ausreichen, dann werden die freien, nach Brust unparteiischen Gewerkschaften immer die opfermütigen sein, um den „christlichen“ zum Siege zu verhelfen. Wenn sie das wollen, so können sie das auch ohne Kartell, wie die Kämpfe am Piesberg und in Krefeld bewiesen haben.

Uebrigens braucht man hier die Modalitätenfrage gar nicht so ernstlich in Betracht zu ziehen. Sobald die Anbahnung eines Kartells versucht würde, gäbe es einen Sturm im „christlichen“ Lager. Die Centrumpartei ließe alle Mienen springen, den Abschluß zu verhindern. Und was dann, wenn der pfäffliche Baumstrahl in die „christlichen“ Gewerkschaften führe, von diesen noch übrig bliebe, das machte jedenfalls ein Kartell ganz überflüssig, das könnte sich nur gleich in die freien Gewerkschaften herüberschlagen. Viel würde es nicht sein.

Bei solcher Sachlage ist auch die Frage eines Kartells für uns müßig.

Mit den Hirsch-Dunderschen ist in dieser Hinsicht erst recht nichts anzufangen, darüber verlieren wir kein Wort. Die jahrelangen Erfahrungen mit dieser Gruppe, die wir hier nicht näher zu kennzeichnen brauchen, lassen freien Gewerkschaftlern die Idee eines Kartells mit ihnen lächerlich erscheinen.

Und die evangelischen Arbeitervereine sind ebenfalls keine im Ernstfall sehr in Betracht kommenden Faktoren. Das wären eben nur die in neuerer Zeit entstandenen christlich-katholischen Gewerkschaften. Demen gegenüber ist aber etwas anderes notwendig als Neutralitätspolitik. Darüber noch einiges im nächsten Artikel.

Brief aus Amerika.

Newyork, 5. Juni. Die Idahofrage ist dieser Tage zu Ende gegangen, indem das Repräsentantenhauskomitee des Bundeskongresses für Militärangelegenheiten seinen Bericht erstattete, in welchem der Gouverneur des Staates, Steunenberg, für seinen Mut und seine Entschiedenheit gelobt wird und die Bürger von Idaho beglückwünscht werden, daß es gelang, einen so gefährlichen Krebsgeschaden zu beseitigen, der den Frieden und die Ordnung bedroht hätte. Dem Bundesmilitär wird für seine Mäßigkeit (!) gegenüber den Dynamitern und Mördern gedankt, und deren Kommandeur, General Merriam, erhielt natürlich eine Extrabrotzel. Das Komitee, das in der Majorität aus Republikanern besteht, zählt auch zwei Demokraten in seiner Mitte, die sich während der Verhandlungen alle Mühe gegeben hatten, aus der Affaire Kapital gegen die republikanische Partei zu schlagen. Sie erstatteten aber, wie dies sonst fast stets in „Untersuchungs“-Angelegenheiten geschieht, keinen Minoritätsbericht.

Wie aus Zeugenaussagen hervorgegangen war, hatten Bundes- und Staatsregierung im „besten Einvernehmen“ gehandelt und es ward unter anderem konstatiert, daß der Gouverneur mit den Grubenbesitzern unter einer Decke gesteckt hatte. Auch im übrigen ergab sich, daß die Demokraten und Populisten eine ebenso feindliche Haltung gegenüber den Bergarbeitern eingenommen hatten, wie die Republikaner. Es muß daher sehr sonderbar berühren, daß The Western Miner, das offizielle Organ der Western-Miners-Federation, der jene Arbeiter angehören und die auf ihrer vorjährigen, kurz nach den Ereignissen stattgefundenen Konvention die selbständige politische Aktion beschlossen, sowie die Sozialistische Arbeiterpartei

indossiert hatte, für die demokratische Partei ins Zeug geht, als „der einzigen, durch die irgend eine Aussicht auf Erfolg geboten sei“!

Aus den kümmerlichen Nachrichten, die bisher über die kürzlich stattgehabte Konvention jenes Verbandes in die Presse gelangten, ist nicht ersichtlich, welche Stellung dieselbe in dieser Sache eingenommen hat; es hieß nur, sie habe den Arbeitern empfohlen, „das Kapital auch am Stimmkasten zu bekämpfen“. Das ist also eine ähnliche Phrase, wie sie die Plattform der „Federation of Labor“ enthält und womit die Professions-, vulgo Schwanzpolitik gemeint ist, beileibe nicht die selbständige politische Aktion der Arbeiterklasse, unabhängig von allen anderen politischen Parteien. Das oben genannte Blatt hat trotz der Beweise dafür, daß nicht die Streiker, sondern die Minenverwaltung das Dynamitattentat verübt (um die Beorderung der Bundesstruppen zu provozieren, da man der Miliz nicht traute), mit keiner Silbe hierauf Bezug genommen. — Noch sei erwähnt, daß die Konvention beschlossen hat, den Familien der elf verurteilten Bergleute monatlich je 50 Dollar Unterstützung zu zahlen.

Es heißt, daß die Führer der demokratischen Partei Idaho beabsichtigen, auf der demnächst stattfindenden Staatskonvention die Delegaten des Shoshone County, zu dem der Coeur d'Alene-Distrikt gehört, zu beanstanden, weil die dortigen Delegatenwahl-Versammlungen (Primaries) von dem „radikalen Arbeiterelement“ gekapert worden seien. Da die Anhänger des Gouverneurs die Majorität bilden, ist es wohl möglich, daß man den Arbeitern, die bisher doch so getreulich der demokratischen Partei als „Stimmvieh“ gedient haben, auch noch diesen Fußtritt versetzt. Sie haben übrigens deren von allen Seiten schon so viele erhalten, daß ihnen schon längst hätten die Augen aufgehen müssen; aber immer wieder ließen sie sich von ihren Führern, die bei den Wahlschlepperdiensten für die kapitalistischen Parteien ihren „Woodle“ machen, veranlassen, im alten Geleise weiter zu trotten.

Als bemerkenswert ist noch anzuführen, daß einige Zeit nach den Ereignissen im Minendistrikt Debs den Staat Idaho besuchte, um — für die vergewaltigten Arbeiter in die Schranken zu treten? — o nein, sondern um für einen demokratischen Politiker „auf den Stump“ zu gehen, d. h. Agitationsversammlungen in dessen Interesse abzuhalten. Auf jene Ereignisse kam er in diesen Versammlungen mit keinem Wort zu sprechen.

Die Leser erinnern sich wohl noch der Seidenberg-Affaire. In Bezug hierauf ist neuerdings ein interessanter Umstand zu Tage getreten. Die Arbeiter der Fabrik beabsichtigten kürzlich, wegen Herabdrückung der Löhne und schlechter Behandlung zu streiken, dem sich aber die Beamten des Internationalen Cigarrenarbeiter-Verbandes, die seit jener Affaire die Fabrik „kontrollieren“, widersetzten. Es stellte sich hierbei heraus, daß dieselben seiner Zeit, als sie die Machination zur Verdrängung der Alliance-Mitglieder betrieben, mit der Firma das Abkommen getroffen hatten, eine bestimmte Zeit lang unter keinen Umständen einen Streit inszenieren zu lassen! Damit wäre also das „vorteilhafte Uebereinkommen“, welches damals mit der Firma getroffen wurde, aufgeklärt. Im hiesigen Streik und Lockout in den Nichtunion-Cigarrenfabriken ist noch immer keine Entscheidung eingetreten. Die Volkszeitung schrieb neulich: „Die Wasse bekommen, was die Hauptsache ist, keine Scabs und werden sie nicht bekommen.“ (Was nicht verhindert, daß im selben Blatte fortwährend gegen die Cigarrenarbeiter-Pionier-Alliance die nach Vorstehendem eingestandenemmaßen falsche Behauptung aufgetischt wird, dieselbe leiste den Fabrikanten Scabbienste.) Die Fabrikanten scheinen zur selben Ansicht gekommen zu sein; da sie aber auch nicht nachgeben wollen, so fangen sie an — wie in einer der letzten Streiker-Versammlungen zur Mitteilung gelangte — auswärts Fabriken anzulegen, besonders in Pennsylvania. Bekanntlich ist dort seit langem eine besondere Art Hausarbeit in der Cigarrenindustrie eingeführt, indem zahlreiche Farmerfamilien die Cigarrenfabrikation als Nebenbeschäftigung betreiben. Ob dieses „Menschenmaterial“ aber für die Maschinenarbeit in den Fabriken geeignet ist, muß sich erst noch erweisen.

Bundschau.

Ein mißlungener Eingriff in das Koalitionsrecht. Aus Erfurt wird berichtet: „Im Sommer vorigen Jahres versuchte der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter eine Zahlstelle in Arnstadt zu gründen. Vom Magistrat wurde sie aber auf Grund eines aus dem Jahre 1856 stammenden Gesetzes, das Arbeitervereine, die politische, sozia-

istliche und kommunistische Zwecke verfolgen, verbietet, untersagt. Das Verbot wurde auch auf eingelegte Beschwerde vom Landrat und Ministerium bestätigt. Nun setzte der Verband einen Vertrauensmann zur Wahrnehmung der Geschäfte ein, dieser konnte sich keiner langen Tätigkeit erfreuen. Es erfolgte Hausdurchsuchung, Beschlagnahme der Verbandsunterlagen und Anklage gegen sämtliche Verbandsmitglieder von Arnstadt, wegen Verletzung des obengenannten Gesetzes. Die hiesige Strafkammer sprach sämtliche 24 Angeklagte frei, weil das angezogene Gesetz auf diesen Verein keine Anwendung finden könne, konnte sich jedoch nicht zu der Ansicht entschließen, daß der Verein unter § 152 der Gewerbeordnung stehe.

Reichskommission für Arbeiterstatistik kaltgestellt? Nachdem der Verband deutscher Röhre in einer an den Reichszentraler gerichteten Eingabe, unter Hinweis auf die Ergebnisse der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik und einer durch den Verband veranlaßten Umfrage, über die gesundheits-schädlichen Mängel der Einrichtungen in den gewerblichen Küchen Klage geführt hatte, sind die Provinzialbehörden in Preußen durch die zuständigen Minister beauftragt worden, die Arbeitsbedingungen der in gewerblichen Küchen (Garküchen, Gast- und Schankwirtschaften) beschäftigten Personen zu untersuchen. Die Untersuchungen sollen sich auf die Groß- und Mittelstädte beschränken. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik soll also solche Erhebungen gar nicht mehr machen und durch preussische Provinzialbehörden, also zweifellos viel geeigneterer statistische Erhebungsstellen, ersetzt werden? Warum löst man sie da nicht einfacher offen auf? Zum sozialen Kurs von heute würde es bestens passen.

Ein Uriasbrief. Der Vorstand des Vereins der Kupfer-schmiedereien Deutschlands versendet ein vertrauliches Circular, d. d. Hannover, den 20. Juni 1900, in dem 31 Arbeiter in Berruf erklärt werden. Die Verfassten haben ein Verbrechen wider den heiligen Geist des Kapitals begangen, indem sie das oberste Gesetz vom „Herrn im eigenen Hause“ nicht pietätvoll genug respektierten. In dem Uriasbriefe sind die einzelnen mit Namen, Geburtsort und Geburtsdatum benannt.

Gewerkschaftliches.

Sinkerwalde. Zuzug nach hier ist wegen des Streiks zu vermeiden.

Miloslaw (Bezirk Posen). Zuzug nach hier ist streng fern zu halten, da hier für sämtliche Arbeiter Lohnabzüge stattfinden. Der Streik der Tabakarbeiter dauert unverändert fort.

Gannstatt. Achtung, Tabakarbeiter! Bei der Firma Strauß u. Sohn sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Zuzug nach hier ist fernzuhalten.

Achtung, Tabakarbeiter! In Kopenhagen streiken 1000 Tabakarbeiter. Haltet den Zuzug fern und laßt die Arbeitergesuche Kopenhagener Tabakfabrikanten in hiesigen bürgerlichen Blättern unberücksichtigt. Hoch die internationale Solidarität!

Achtung! Der Zuzug nach Barth ist fernzuhalten. Allen Kollegen ist gekündigt worden.

In Florenz streiken die Cigarrenmacherinnen der staatlichen Tabakmanufaktur, weil eine Kollegin von ihrer bisherigen Arbeitsstelle in eine andere Fabrik versetzt worden ist. Die Vertreter der Stadt Florenz im Parlament, zu welcher auch der sozialistische Abgeordnete Pescetti gehört, geben sich alle Mühe, den Streik beizulegen. Das ist ihnen aber bis jetzt nicht gelungen, obwohl die Regierung erklären ließ, daß die Versetzung einzelner Arbeiterinnen von einer Abteilung in die andere nicht als Strafe aufzufassen sei, sondern nur im Interesse des Dienstes geschehe. Die Cigarrenarbeiterinnen beschloßen trotzdem, den Streik fortzusetzen. Die beiden Tabakfabriken in Florenz werden militärisch bewacht. Zu Ruhestörungen ist es bis jetzt nicht gekommen.

Aufruf an die Kollegen Deutschlands.

Werte Kollegen! Laut Versammlungsbericht im Tabakarbeiter befinden sich die Kollegen Leipzigs in einer Lohnbewegung. Zwar ist kein Streik beabsichtigt, jedoch handelt es sich darum, die traurigen Lohnverhältnisse etwas aufzubessern. Dies zu erreichen, ist allerdings zunächst notwendig, die Kollegen und Kolleginnen für die Organisation zu gewinnen, um dann gemeinsam über die bestehenden Mißstände zu beraten. Da es hier wenig Fabrikarbeit giebt, ist der einzige Ort, uns zu verständigen, die Versammlung. Wir haben bis jetzt den Erfolg zu verzeichnen, daß eine Lohnerhöhung pro Mille von 1—2 Mk. erlangt ist. Freilich, hauptsächlich erst bei kleineren Fabrikanten. Wir werden nun durch ein Flugblatt einen Appell an das konsumierende Publikum richten, nur solche Firmen beim Einkauf von Waren zu berücksichtigen, die den von der Kommission geforderten Minimallohn zahlen.

Da hier in Sachsen die Konsumvereine stark vertreten sind, die hauptsächlich aus Arbeitern bestehen, die auch danach streben, ihre Lage zu verbessern, so ist es wohl angebracht, mit diesen Fühlung zu nehmen, damit sie uns beistehen. Durch Zuschriften ist uns dies auch zugesagt. Ein Teil Großfabrikanten aus Süddeutschland und anderen Orten macht mit Konsumvereinen sowie Ladenbesitzern, Gastwirten etc., die Genossen sind, Geschäfte. Und doch werden die Arbeiter dieser Fabrikanten mit den denkbar traurigsten Löhnen bezahlt. Die Herren berufen sich darauf, daß die Cigarren hauptsächlich von weiblichen Personen hergestellt würden, diese hätten aber nicht die Fähigkeit wie die männlichen Arbeiter. Unsere Kolleginnen werden also als billiges Arbeitsobjekt betrachtet. Jedoch, keiner dieser Fabrikanten erklärt beim Verkauf seiner Waren, daß diese von weiblichen Personen, die billiger arbeiten müssen, hergestellt sind und demnach billiger im Preise seien. Diesem Gebaren einen Damm entgegenzusetzen, muß unsere Aufgabe sein. Alle Kollegen, die ermitteln können, welche Firmen an Konsumvereine liefern, was sie für Löhne zahlen etc., ersuchen wir darum dringend, uns davon in Kenntnis zu setzen, damit es öffentlich bekannt gegeben werden kann. Einzelne Herren Reisende haben schon im Laufe dieser Tage die Mahnung hören müssen, den die Waren verfertigenden Arbeitern höheren Lohn zu zahlen, widrigenfalls die Geschäftsverbindung abgebrochen wird. Die Kollegen mögen überall zu unserer Anregung Stellung nehmen. Auf die ange deutete Weise kann

manches zum Wohle der Organisation und zur Besserung der Lohnverhältnisse herbeigeführt werden. (Siehe Dresden und Heidelberg.)

Also Kollegen, laßt uns wahrheitsgemäße Berichte zugehen, damit wir weiter wirken können.

Mit kollegialischem Gruß
Die Lohnkommission der Tabakarbeiter Leipzigs.
J. A.: E. Poppe,
Leipzig-Plagwitz, Schmiedestraße 14, II. 1.

Anträge zur Generalversammlung.

Bauhen: 1. Die Generalversammlung möge beschließen, daß alle drei Jahre eine Generalversammlung stattfindet.
2. Die Reiseunterstützung von 2 Pfg. auf 3 Pfg. zu erhöhen.
3. Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht obligatorisch einzuführen.

Deffau: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist versuchsweise einzuführen, ohne Beitragserhöhung auf Grund der Arbeitslosenstatistik.
2. Der Antrag Bernburg, 25 Proz. am Orte zu behalten, wird unterstützt.

3. Streikunterstützungen sind auch an nicht vollberechtigte Mitglieder auszusuchen.
4. Der Antrag Harburg, Arbeitsnachweis betr., wird unterstützt.
5. Die Reiseunterstützung in der jetzigen Form ist beizubehalten.
6. Die Vorortskommissionsbezirke sind nach Lage der örtlichen Verhältnisse anders zu gestalten als wie bisher.

Motiv: Die jetzige Form ist für die Agitation zu schwerfällig; in finanzieller Hinsicht ist der Verband zu schwer belastet.

Giesleben: Die Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.
Gründe: Damit wäre unweifelhaft eine Erhöhung der Beiträge verbunden, die bei dem meistens sehr niedrigen Lohne der Mitglieder gewiß ungern getragen wird. Auch soll der Verband nicht noch mehr zu einer Versicherungsanstalt ausgebaut werden.

2. Die Annahme der Arbeitslosenunterstützung durch die Generalversammlung bedarf der Bestätigung durch eine Urabstimmung, die der Vorstand 14 Tage nach Versendung der Generalversammlungs-Protokolle zu veranlassen hat.

3. Die Agitationsgelder sind täglich um 1 Mk., die der Delegierten zur Generalversammlung um 2 Mk. weniger zu bemessen wie bisher.

4. Die Reiseunterstützung beträgt vom 15. Nov. bis 15. März 3 Pfg. pro Kilometer, mehr wie 3 Mk. Unterstützung darf täglich nicht erhoben werden.

5. Die Anträge Ratibor (beide) und Bernburg (1.) werden als praktisch anerkannt und finden deshalb unsere Unterstützung.

Frankenberg i. S.: 1. § 2, Abs. 1. Einen Unterstütsungsbeitrag beim Ableben des Mitgliedes sowie deren Ehehälfte.
2. § 9, Abs. 14. Diese Unterstützung ist im ersten Jahre auf 20 Mk. zu bemessen und steigert sich für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 35 Mk.

3. Die Arbeitslosenunterstützung ist obligatorisch einzuführen, hierzu jedoch eine Urabstimmung vorzunehmen.

4. Antrag Liegnitz: Die Mitglieder, die freiwillig aus dem Verbanne ausscheiden, sowie mit Rest gestrichene im Tabakarbeiter zu veröffentlichen, abzulehnen.

5. Die Veröffentlichung der provisorisch Aufgenommenen wird abgelehnt und ist dieser Raum mit agitatorischen Artikeln zu besetzen.

Goldberg: 1. § 2, Abs. h. Wenn Mann und Frau dem Verband angehören, wird das volle Umzugsgeld bezahlt; gehört nur eines dem Verbanne an, wird die Hälfte bezahlt. Dem unnötigen Umherziehen muß ein Mittel vorgehoben werden.

2. Die Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.
3. Der Antrag Rehna ist abzulehnen und der jetzige Passus des Statutes beizubehalten.

4. Die Generalversammlung soll alle drei Jahre stattfinden.
Landsberg a. W.: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist einzuführen und solchen Mitgliedern zu gewähren, die zwei Jahre dem Verband angehören.

2. Die Reiseunterstützung beträgt pro Kilometer 2 Pfg. und darf an einem Orte nicht über 150 Kilometer gezahlt werden.
3. Die Generalversammlung findet alle drei Jahre statt.

Neumünster: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.
Motiv: Die Fabrikanten werden bei schlechtem Geschäftsgang, die am Orte wohnenden Arbeitskollegen mehr arbeitslos machen, weil sie wissen, die Arbeiter werden bis aufs äußerste den Ort nicht verlassen.

2. Die Generalversammlung alle drei Jahre stattfinden zu lassen.

Oderan. Die Arbeitslosenunterstützung mit der Zuschußkasse in Verbindung zu bringen und beide Unterstützungsformen obligatorisch einzuführen, die Arbeitslosenunterstützung jedoch nur für 48 Tage im Jahre zu zahlen und pro Tag mit 1 Mk. zu berechnen.

Begründung: Nach den Ausführungen der Kommission für Arbeitslosenstatistik (Nr. 23 des Tab.-Arb.) ist es sehr gut möglich, beide Unterstützungen obligatorisch einzuführen. Berechnen wir für jedes Mitglied einen Mehrbeitrag von mindestens 10 Pfg. pro Woche = 98800 Mk. im Jahre. Nach dem Ergebnis der Arbeitslosenstatistik entfiel auf jedes Mitglied Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch a) Krankheit: 5,08 Tage \times 19000 = 96520 Tage \times 50 Pfg. Unterstützung = 48260 Mk.; b) Arbeitsmangel: 2,71 Tage \times 19000 = 51490 Tage \times 1 Mk. Unterstützung = 51490 Mk. Zusammen 99750 Mk. Mit hin verbleibt ein Fehlbetrag von 950 Mk., der dadurch gedeckt würde, daß die Arbeitslosenunterstützung nur 48 Tage im Jahre gezahlt würde.

Peterswaldau: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.

Motiv: Wie Sauer.
2. § 2, Abs. f. Das Sterbegeld bei verheirateten Mitgliedern nicht nur an das überlebende Mitglied, sondern an die überlebende Ehehälfte zu zahlen, jedoch nur ohne Erhöhung der Beiträge.

3. Die Generalversammlung alle drei Jahre stattfinden zu lassen.

Motiv: Wie Schwepnitz.
4. Den weiblichen, Mehrbeitrag zahlenden Mitgliedern auch während ihrer Niederkunft die Unterstützung aus der Zuschußkasse zu gewähren, jedoch nur, wenn die Niederkunft in die Zeit der 13wöchentlichen Unterstützung fällt. Hat ein Mitglied in einem Jahre die 13wöchentliche Unterstützung schon erhalten, so ist selbige nicht zu gewähren.

5. § 2, Abs. e. Die Reiseunterstützung im Winterhalbjahr auf 3 Pfg. pro Kilometer zu bemessen, die Reiseunterstützung pro Tag auf 150 Kilometer auszusuchen. (Siehe § 9, Abs. 4.)

Pfungsdorf: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht einzuführen, wenn sie ohne Erhöhung der Wochenbeiträge nicht durchgeführt werden kann.

2. Die Umzugs- und Reiseunterstützung ist im jetzigen Umfange aufrecht zu erhalten.

3. Die weiblichen Mitglieder der Zuschußkasse sind zu höherem Mehrbeitrag heranzuziehen als die männlichen, weil durch erstere das Defizit entstanden ist.

Rehna: 1. Die Generalversammlung ist in Zukunft in Thüringen, Sachsen, Westfalen, oder Schlesien abzuhalten, da in Süddeutschland schon vier Generalversammlungen stattgefunden haben.

2. Die Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.
3. § 2, Abs. f ist dahin abzuändern: Mitglieder, die ein Jahr dem Verband angehören, können beim Ableben eine Unterstützung erhalten. Diese Unterstützung beträgt nach Ablauf des ersten Jahres 10 Mk. und steigert sich für jedes weitere Jahr der ununterbrochenen Mitgliedschaft um 5 Mk., bis zum Höchstbetrage von 30 Mk. (Siehe § 9, Punkt 13 und 14.)

Ratibor: Die Arbeitslosenunterstützung ist analog der Zuschußkasse einzuführen und ist getrennt zu verwalten. Will man dieses nicht, so ist die Einführung abzulehnen.

Schwedt: 1. Die Karenzzeit der Zuschußkasse ist von einem Jahr auf sechs Monate festzusetzen.
2. § 2, Abs. e. Die Reiseunterstützung ist von 75 auf 100 Kilom.

zu erweitern. Die Kilometergelder sind die Sommermonate mit 2 Pfg., die Wintermonate mit 3 Pfg. festzusetzen. (E. § 9, Abs. 4.)

3. Alle drei Jahre findet eine Generalversammlung statt.

4. Die Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.

Forst: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist obligatorisch einzuführen.

2. Die Vorortskomitees sind dahin zu verpflichten, die denselben unterstehenden Zahlstellen halbjährlich durch ein Mitglied des Komitees besuchen zu lassen und hierbei zugleich eine Revision der sämtlichen zur Zahlstelle gehörenden Rassenbücher vorzunehmen.

Begründung: Das Komitee bleibt erstens hierdurch ständig in Fühlung mit allen Zahlstellen, die dann zweitens zu regerer Tätigkeit angefeuert werden, was beides nuzbringend ist. Betreffs der Revision ist zu bemerken, daß die Rassenbücher in den Zahlstellen immer komplizierter werden wegen des immerwährenden Ausbaues des Verbandes. Bei einer regelmäßigen Revision finden sich leicht die Mängel und Fehler, die dann abgestellt werden können. Es trifft dies hauptsächlich bei den neu gegründeten Zahlstellen zu. Auch kann der Ortsvorstand sich bei seinen notwendig werdenden Handlungen einzelnen Mitgliedern gegenüber stets auf die Revision berufen.

3. In Distrikten mit großer Tabakindustrie, wie z. B. der Bezirk Minden, Baden, Württemberg etc., sind besoldete Vertrauensmänner anzustellen, die die Agitation etc. für den Verband zu führen haben.

Spandau: 1. Die Reiseunterstützung ist in der Form wie jetzt beizubehalten, nur mit der Aenderung, daß die Wintermonate 3 Pfg. pro Kilometer Unterstützung gezahlt werden.

2. Die Arbeitslosenunterstützung ist in jeder Form abzulehnen.
3. Beim Ortswechsel ist an verheiratete Mitglieder nur dann volles Umzugsgeld zu gewähren, wenn beide nachweislich drei Jahre dem Verbanne angehören. Ist nur eine Ehehälfte drei Jahre Mitglied, dann die Hälfte.

4. Antrag 1 Kiel wird in seiner Fassung unterstützt.

Striegau: 1. Der Antrag Trebbin, Abs. 2, ist zu unterstützen.
2. Die Unterstützungsätze bei Streiks sind einheitlich zu regeln, weil die Beiträge in Groß- und Kleinstädten gleich sind.

Gründe: Die Reiseunterstützung und Zuschußkasse sind ebenfalls gleich.
3. Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht einzuführen.

4. Die Generalversammlung findet alle zwei Jahre statt.
5. Die Vorortskommissionen sind aufzuheben.
6. Dem § 11, Abs. 1, ist folgender Passus einzuschließen: Bei in Frage kommenden Streiks müssen von der in Streit tretenden Fabrik mindestens zwei Drittel Mitglieder vollberechtigt sein.

Teudern: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.
2. Die Reiseunterstützung ist dahin abzuändern, daß wieder wie früher pro Tag bis 150 Kilom. = 3 Mk. ausgezahlt werden dürfen.

3. Im Winter sind den reisenden Mitgliedern 3 Pfg. pro Kilometer Unterstützung zu zahlen.
4. Die Generalversammlung wird alle drei Jahre abgehalten. Im übrigen stellen wir uns auf den Standpunkt der Schwepnitzer Kollegen betreffs der Tagesgelder der Delegierten.

Weiskens: 1. § 9, Abs. 4 ist nach früherer Fassung zu ändern.
2. Bei Streiks in kleinen oder großen Städten sind gleiche Unterstützungen zu zahlen.

3. Die Generalversammlung ist alle 3 Jahre abzuhalten.
4. Die Reiseunterstützung ist im Winter von 2 auf 3 Pfg. pro Kilometer zu erhöhen.

5. Die Arbeitslosenunterstützung ist auf alle Fälle abzulehnen.
Wollstein: Der Antrag Schwepnitz wird unterstützt.
Ziel berichtet, daß der in Nr. 25 veröffentlichte Antrag bezüglich Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung nicht direkt gestellt wurde.

Vorschläge von Delegierten zur Generalversammlung.

Neumarkt i. Schl.: Für den 2. Wahlkreis wird Heinrich Schwemmer als Delegierter in Vorschlag gebracht.

Langenbielau: Für den 5. Wahlkreis wird Kollege Heinrich Junge als Delegierter empfohlen.

Peterswaldau: Für den 5. Wahlkreis empfehlen wir Heinrich Junge aus Langenbielau.

Goldberg: Für den 6. Wahlkreis wird Paul Sommer vorgeschlagen.

Landsberg a. W.: Als Delegierter für den 9. Wahlkreis wird Max Bachert empfohlen.

Schwedt: Für den 16. Wahlkreis ist Robert Schmidt empfohlen.

Rehna: Für den 17. Wahlkreis wird Ernst Wenzel empfohlen. Derselbe ist gegen jede Mehrbelastung der Mitglieder.

Bauhen: Für den 17. Wahlkreis wird Bernhard Kraut empfohlen.

Rehna: Für den 18. Wahlkreis wird Paul Haberland vorgeschlagen.

Frankenberg: Für den 19. Wahlkreis wird Joh. Finke empfohlen.

Oderan: Für den 19. Wahlkreis wird Franz Kerl vorgeschlagen.

Leipzig: Für den 22. Wahlkreis wird Paul Ziehm empfohlen.

Leipzig: Als Delegierter für den 23. Wahlkreis wurde Koll. Erdmann Poppe aufgestellt.

Deffau: Für den 24. Wahlkreis wird Karl Lingner vorgeschlagen.

Halle a. S.: Für den 26. Wahlkreis wird Paul Heinrich empfohlen.

Gera: Für den 27. Wahlkreis wird H. Aurich empfohlen.

Rehna: Für den 28. Wahlkreis wurde Bruno Georgi vorgeschlagen.

Mühlhausen: Für den 30. Wahlkreis haben wir den Kollegen Otto Broesche aufgestellt.

Gelsen: Für den 34. Wahlkreis wird Paul Weinert vorgeschlagen.

Bildshelm: Für den 35. Wahlkreis wird Heinrich Hoppe empfohlen.

Neumünster: Für den 49. Wahlkreis wird Karl Jürs vorgeschlagen.

Hadersleben: Die Tabakspinner haben für den 49. Wahlkreis den Tabakspinner Karl Wanz aufgestellt. Derselbe ist auch Cigarrenmacher und daher fähig, beider Interessen zu vertreten.

Herford: Für den 50. Wahlkreis wird H. Klingshagen empfohlen.

Forst: Für den 52. Wahlkreis wird Hub. Schmitz sen. empfohlen. Derselbe ist ein alter Befürworter der Arbeitslosenunterstützung.

Pfungsdorf: Für den 54. Wahlkreis wird Georg Raab empfohlen.

Mannheim: Für den 57. Wahlkreis wird Magnus Heitich empfohlen.

Stuttgart: Für den 58. Wahlkreis wird Wildemann empfohlen. Da derselbe hervorragend bei Aufnahme der Arbeitslosenstatistik tätig war, so kann man ihn wohl als besonders geeigneten Vertreter empfehlen.

Berichte.

Striegau. Der Streik bei der Firma Scharke ist zu Gunsten der Arbeiter beendet; Zuzug ist frei. Das Aufheben von den Fabriken ist streng unterlagt. Wir bitten die Herren Bevollmächtigten, die durchreisenden Kollegen darauf aufmerksam zu machen.

Sinkerwalde. Der Streik dauert unverändert fort. Einige kleine Fabrikanten haben diese Woche unsere Forderungen bewilligt,

die anderen Fabrikanten wollen das Mietezahlen der Streikenden abwarten, daraus denken sie Vorteil zu ziehen. Sie werden sich aber täuschen, auch dafür hat die Arbeiterschaft Finsterwalde gefordert! Wir bitten, Zugang streng fernzuhalten. Briefe und Sendungen sind an H. Bernst, Badergasse 2, zu richten.

Leipzig. Tabakarbeiterversammlung im Römischen Hof. Koll. Poppe betonte in längerer Rede, wie wichtig es sei, daß auch Leipzig, der 28. Wahlkreis, einen Delegierten zur Generalversammlung entsende, regte die Formulierung event. Anträge zur Generalversammlung an. Daraufhin ging folgender Antrag ein: Dem § 9 ist folgende Fassung zu geben: Diejenigen Mitglieder, die 52 Wochen unserem Verband angehören und 52 Wochen lang Beiträge entrichtet haben, können innerhalb eines Jahres nur 10 Wochen lang Reise-Unterstützung erhalten; hierauf erst wieder, wenn weitere 52 Wochen verstrichen und der Beitrag dafür bezahlt ist. — § 9 Abs. 3 ist zu streichen. — In § 9 Abs. 4 soll es heißen: Die Reiseunterstützung beträgt pro Tag 1 Mk. — § 9 Abs. 5, 6 und 7 sind zu streichen. Kollege Schulze war für den Antrag, während Kollege Lange dagegen sprach. Er ist für Beibehaltung der alten Reiseunterstützung, die nach Kilometer berechnet wird. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen 6 Stimmen angenommen. — Darauf wurde Kollege Poppe als Delegierter gewählt. 8 Stimmen wurden für Lange und 6 Stimmen für Lehmann abgegeben; 3 Stimmen waren ungueltig. Kollege Lehmann beantragt, die Vorortskommission um drei Personen zu verstärken. Vor jeder Agitation soll mit der Kommission erst unterhandelt werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und die Kollegen Wolf, Kriebler und Lehmann gewählt. Die Wahlkommission wurde beauftragt, mit den Orten, die zum 28. Wahlkreis gehören, in Verbindung zu treten. Der Antrag ist im Tabakarbeiter zu veröffentlichen, ebenso der vorgeschlagene Delegierte, der schon jahrelang Mitglied des Verbandes ist und stets für die Interessen der Kollegen eingetreten ist. Die auswärtigen Kollegen werden ersucht, gleichfalls Kollege Poppe zu wählen. Er verpflichtet, etwaige andere Anträge ebenfalls auf der Generalversammlung zu vertreten.

Halle a. S. Am Sonnabend, 16. Juni, fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zu Punkt I der Tagesordnung: Anträge zur Generalversammlung, entspann sich eine eifrige Diskussion. Es wurde beschlossen, unseren späteren Delegierten anheim zu stellen: 1. Nicht für die Arbeitslosenunterstützung einzutreten, 2. Die Generalversammlungen wie bisher alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, 3. Geldmittel zu Hausagitationszwecken nicht mehr zu bewilligen. Zu Punkt II der Tagesordnung: Aufstellung eines Kandidaten, wurden die Kollegen Heinrich und Gy von der Versammlung in Vorschlag gebracht. Kollege Heinrich wurde mit 19 und Gy mit 14 Stimmen verlesen; eine Stimme war ungueltig. Somit ist Kollege Heinrich zum Kandidaten aufgestellt. Hierauf wurden zum Zweck der Delegiertenwahl ein Agitationskomitee gewählt, welchem die Kollegen Beyer, Sommerlatte und Hörig angehören. Da verschiedene Kollegen die Versammlung vorzeitig verließen, um Vergünstigungen nachzugehen, anstatt wichtige Sachen zu verhandeln, so wurden die letzten beiden Punkte der Tagesordnung zu einer nächsten Versammlung vertagt.

Berlin. Der Streit in Finsterwalde wurde am Dienstag in einer Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen besprochen. Die Referenten Bernst aus Finsterwalde und Kiesel schilderten die Situation folgendermaßen: Der Streit währt jetzt bereits in der zehnten Woche. Von den 497, meist weiblichen Personen, die in den Streit traten, sind nur sechs abgefallen, die Streikbrecherdienste leisten. Ein Beweis, daß die Streikenden fest entschlossen sind, auszuhalten, bis ihnen ihre Forderungen bewilligt werden. So gering auch die Forderungen der Streikenden sind, sträuben sich doch die Fabrikanten beharrlich, dieselben anzuerkennen. Sie behaupten, die Konkurrenz mache ihnen die Bewilligung unmöglich. Dabei sei zu bedenken, daß die Finsterwalder Fabrikanten es sind, die eine wahre Schmutzkonkurrenz hervorgerufen haben. Sie verkaufen in Berlin das Laufend Cigarren zu 18—19 Mk., die in Finsterwalde selbst zu 24—25 Mk. abgesetzt werden. Um Stimmung gegen die Streikenden zu machen, habe ein Finsterwalder Fabrikant einen Berliner Kunden geschrieben, die Finsterwalder Tabakarbeiter verdienen 19—20 Mk. und die Arbeiterinnen 15 Mk. wöchentlich. Das sei eine traurige Umkehr. Wenn nur der dritte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen solche Löhne erzielen hätten, dann wäre es nicht zum Streit gekommen. Bei den seitherigen Löhnen haben die Wickelmacherinnen einen Durchschnittslohn von höchstens 5 bis 7 Mk., die Rollerinnen einen solchen von 8—9 Mk. und männliche Arbeiter durchschnittlich 11,68 Mk. verdient. — Wie das immer der Fall ist, so seien auch bei diesem Streit seitens der Fabrikanten alle möglichen Maßnahmen getroffen worden, um den Erfolg des Lohnkampfes zu hintertreiben. Zunächst habe man die Arbeiterinnen unter allerlei Verprechungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen gesucht. Zu diesem Zweck seien einzelne Fabrikanten sogar persönlich zu den Arbeiterinnen gegangen. Aber alle Mühe sei vergebens gewesen. Die Arbeiterinnen hätten ein so festes Zusammenhalten gezeigt, wie es wohl noch bei keinem Streit dagewesen sein dürfte. Auch in noch anderer Richtung hätten manche Unternehmer ihren Einfluß geltend gemacht. So habe man einigen Arbeiterinnen, deren Mütter Armenunterstützung bezogen, gedroht, den alten Frauen werde das Armengeld entzogen, wenn ihre Töchter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Drohung habe zwar den gewünschten Erfolg nicht gehabt, wohl aber sei einer der betreffenden alten Frauen die Unterstützung, die sie bis dahin erhielt, tatsächlich entzogen worden. Soweit jetzt in den Fabriken gearbeitet wird, geschehe es ohne Rücksicht auf die Bundesratsverordnung. Die Arbeiterinnen würden länger beschäftigt, als es die Verordnung zuläßt und auch des Sonntags werde gearbeitet. Diese offensibaren Gesetzesverletzungen hätten die Streikenden der Polizei angezeigt, doch sei noch nicht bekannt geworden, daß die Behörde dagegen eingeschritten wäre. Einem Polizeibeamten, der auch Cigarren fabrizieren ließ, die er bei Gastwirten absetzte, habe man das Handwerk gelegt, indem diese Angelegenheit öffentlich besprochen wurde. Weiter wiesen die Redner darauf hin, daß es sich bei dem Finsterwalder Streit um eine Machprobe handle, an der nicht nur die Cigarrenfabrikanten, sondern auch die übrigen industriellen Unternehmer interessiert seien, denn wenn es den Tabakarbeitern gelänge, ihre Löhne aufzubessern, dann würden auch die Unternehmer anderer Branchen, namentlich der Textilindustrie, die Löhne erhöhen müssen. Aus diesem Grunde halte das gesamte Unternehmertum in Finsterwalde zusammen, um eine dauernde Niederlage der Arbeiter herbeizuführen. Darum gelte es, diesen Kampf auf Seiten der Arbeiter mit aller Energie durchzuführen. In die Berliner Arbeiterschaft werde appelliert, daß sie den Kampf unterstütze. Die Berliner Arbeiter hätten die Pflicht, dahin zu wirken, daß die Schankwirte, bei denen sie verkehren, keine Cigarren von Finsterwalder Fabrikanten führen, die nicht bewilligt haben. — Die Versammlung nahm eine Resolution an, des Inhalts, daß im Einverständnis mit der Gewerkschaftskommission und den Vertrauensleuten der Partei Volksversammlungen einberufen werden sollen, um die Berliner Arbeiterschaft zur Unterstützung des Finsterwalder Streits in obigen Sinne zu interessieren. Hierauf fordert Kollege Butry die Anwesenden auf, sich recht regen an den Sammlungen für die streikenden Kollegen zu beteiligen, außerdem möge ein jeder so viel wie möglich von den Sammellisten, die die Kommission zu diesem Zweck verausgibt, Gebrauch machen; auch sollen diejenigen, die im Besitz von Sammellisten sind, so schnell wie möglich abrechnen, damit sie neue Listen erhalten können. In betreff der bevorstehenden Ersatzwahlen zum Gewerkschaftsrat forderte Butry die Wahlberechtigten auf, sich in die Wählerlisten einzeln einzufügen, da zu diesem Zweck in den vom Redner verlesenen Stellen ausliegen. Die Tabakarbeiter selbst haben in diesem Jahre ebenfalls Vertreter in dasselbe zu wählen. Die Kommission schlägt der Versammlung folgende Kollegen als Kandidaten vor: Max Kiesel, Sally Rosentahl, Jakob Moos, Roman Roske und Gustav Scheller, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte. Im übrigen wurde bekannt gegeben, daß am 8. September das diesjährige Stiftungsfest vom Verband bei Prochno (früher Nief), Weberstraße 17, stattfindet, das übrige wird noch später bekannt gemacht: die Kollegen und

Kolleginnen mögen aber schon jetzt für guten Besuch des Festes agittieren.

Spremberg. Mitgliederversammlung vom 16. Juni. Tagesordnung: 1. Steuererziehung; 2. Generalversammlung; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt nahm der Kassierer von den anwesenden Mitgliedern die Beiträge entgegen und wurde dazu vom ersten Bevollmächtigten die Mitteilung gemacht, daß die kaum überwundene Nachlässigkeit im Beitragszahlen wieder einzureißen drohe und forderte derselbe daher die anwesenden Mitglieder auf, ihre in dieser Beziehung säumigen Mitarbeiter so oft wie möglich an ihre Pflicht zu erinnern. Zu Punkt 2 wurde nach kurzer Debatte beschlossen, den Kollegen J. Bentien-Spremberg für den 10. Wahlkreis als Delegierten zur Generalversammlung in Vorschlag zu bringen. Ferner wurden zum zweiten Punkte verschiedene Anträge zur Generalversammlung eingebracht und zur Diskussion gestellt; dieselben wurden nach längerer Beratung sämtlich angenommen. Der erste Antrag lautete: Die Generalversammlung möge auf alle Fälle die Arbeitslosenunterstützung ablehnen. Zur Begründung der Ablehnung wurde angeführt, daß, wenn auch die Kommission für Arbeitslosenstatistik nach den ihr übergebenen Berichten berechnet habe, daß die Verbandsbeiträge nicht, oder doch nur in ganz geringem Maße erhöht zu werden brauchten, sich in der praktischen Ausführung die Sache ganz anders stellen würde. Es würde auf alle Fälle eine beträchtliche Erhöhung der Beiträge eintreten müssen, die aber die meisten Tabakarbeiter infolge ihres geringen Lohnes nicht leisten könnten. Darum würde der Verband eine große Anzahl Mitglieder verlieren. Im zweiten Antrage wurde verlangt, die Generalversammlung möge nicht, wie bisher, alle zwei Jahre, sondern alle drei Jahre stattfinden. Als Gründe dafür wurden angegeben: daß dadurch der Verband eine Erparnis mache, die auf anderer Seite den Mitgliedern zu gute käme. Der dritte Antrag ging dahin, den reisenden Mitgliedern in den Wintermonaten eine Unterstützung von drei Pfennigen pro Kilometer zu gewähren und zwar, weil im Winter die Witterungsverhältnisse den Menschen zwingen, größere Ausgaben zu machen. Zu Punkt 3 brachte der erste Bevollmächtigte die Aufforderung des Vorstandes, mehr freiwillige Beiträge zu sammeln, zur Sprache, und wurde daraufhin beschlossen: von jetzt an bis auf weiteres wöchentlich eine Sammelliste zirkulieren zu lassen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten in Kürze erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen. Zum Schluß sei noch an die Mitglieder unserer Zahlstelle die Frage gerichtet: Wann wird die Interesslosigkeit für die Verbandsversammlungen einmal aufhören? Denn eine Ehre ist es gewiß nicht, wenn man öffentlich bekennen muß, daß von 90 Mitgliedern nur 17 anwesend waren. Daher rufen wir allen, die es nie für notwendig befunden haben, zu, in den Versammlungen zu erscheinen! Legt eure Trägheit ab, besucht von jetzt ab pünktlich die Versammlungen und nehmt regen Anteil an den Beratungen über die Verbesserung der traurigen Lage der Tabakarbeiter im Allgemeinen und über eure eigene in besonderen, denn es muß doch jedem klar sein, daß wir nicht auf Rosen gebettet sind.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 16. Juni bei von Salzen. Die Quartalsabrechnung wurde ohne Debatte genehmigt. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab: Einnahme 66,65 Mk., Ausgabe 66,67 Mk., demnach ein Defizit von 2 Pfg. Der Bevollmächtigte teilte mit, daß für die streikenden Tabakarbeiter in Holland 30 Mk., sowie für die Warmensteiner Glasperlenarbeiter 20 Mk. aus der Lokalkasse entnommen seien. Dies wurde von der Versammlung gutgeheißen. Zur Generalversammlung wurde beschlossen, folgende Anträge zu stellen: 1. Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung. 2. Erhöhung der wöchentlichen Beiträge um 5 Pfg. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde der Thème in Vorschlag gebracht. Den Kartellbericht gab Sidion. Betreffs der Beiträge für das Arbeitersekretariat beschloß man, dieselben bis Schluß des laufenden Jahres aus der Lokalkasse zu bezahlen. Nachdem noch aufgefordert, die nächste Versammlung, in der die Delegiertenwahl stattzufinden hat, recht zahlreich zu besuchen, erfolgte Schluß.

Orsoy. Am Sonntag den 11. Juni vormittags 11 Uhr fand im Lokale der Frau Wilhelm Landwehr eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in der Kollege Fischer aus Düsseldorf referierte. Die Tagesordnung lautete: 1. Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter Deutschlands und Zweck und Nutzen der Organisation; 2. Diskussion; 3. Verschiedenes. Der Referent, Kollege Fischer, schilderte die schlechten Löhne der Tabakarbeiter in Süddeutschland in zutreffender Weise und führte an, daß dort gerade die Löhne so schlecht wären, weil die Frau und die Kinder mitarbeiten und sich nebenbei fogar mit Landarbeit befassen müßten. Ferner sei die Hausarbeit der größte Schaden, auch gesundheitlich, für die Tabakarbeiter, in der die Kinder schon vom achten Jahre und noch früher beschäftigt würden. Die Wohnung sei oft so klein, daß alle in einem Raume arbeiten, essen und auch noch schlafen müßten. Redner meinte über die Gewerbeinspektion, diese wäre so belastet, daß nicht alle Betriebe besichtigt werden könnten, sie müßte um das dreifache vermehrt werden. Da es nun an der Zeit wäre, die Mühsal der Tabakarbeiter, die Arbeiter sich aber selbst helfen müßten, so empfahl Redner die Organisation. Die Arbeiter müßten geschlossen gegen die Unternehmer vorgehen. Darum forderte er an Schluß seiner Rede die Fernstehenden auf, sich dem Verbande beizugeben und Tabakarbeiter anzuschließen. In der Diskussion erörterte Kollege Klein noch verschiedenes über die Organisation, und wies dann nach der letzten Berufszählung statistisch die Zahl der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter nach. Redner ging dann scharf ins Gericht mit den „Christlichen“, denen es nicht um eine Verbesserung unserer Lage zu thun sei, sondern die nur die organisierten Arbeiter zu zerpfüttern suchten. Sie sollten doch einmal nach dem frommen Nachen gehen, wo es ja bekanntlich so schlecht wäre, aber das viele den Christlichen gar nicht ein, denn das heiße ja Unzufriedenheit säen. Kollege Fischer äußerte sich noch über den Centrumsführer Mertens, der, wie eine Gerichtsverhandlung ergeben habe, es so gut verstanden hätte, Kinder auszunutzen. Die anwesenden „Christlichen“ benahmen sich so unruhig, daß der Vorsitzende sie auffordern mußte, sich ruhig zu verhalten. Sodann wurde vom Kollegen Klein folgende Resolution eingebracht: „Die heute im Lokale der Frau Wilhelm Landwehr stattfindende öffentliche Tabakarbeiterversammlung erkennt als besten Vertreter ihrer Interessen den Deutschen Tabakarbeiterverband, die Bremen, an, und bedauert die Bestrebungen, die Arbeiter in Sonderorganisationen zu zerpfüttern und so in ihrer Aktionsfähigkeit zu hemmen. Es verpflichten sich die Anwesenden, für ergründeten Verein mit aller Energie eintreten zu wollen.“ Diese Resolution wurde ohne Gegenstimme angenommen. Es wurde dann noch von der Versammlung beschlossen, in nächster Zeit wieder eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung einzuberufen. Der Vorsitzende lobte den guten Besuch der Versammlung und forderte nochmals zum Beitritt zu dem Deutschen Tabakarbeiterverband auf.

Landsberg a. d. W. Die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle hielten am Sonnabend den 23. Juni eine Versammlung ab. Von einem Vereinslokal wurde Abstand genommen, da die Mitglieder die Beiträge doch in der Wohnung des Kassierers entrichten und der Besuch in letzter Zeit ein derartiger war, daß es durchaus nicht notwendig ist, ein festes Lokal zu Versammlungen zu besitzen. Kollege Bachert sprach dann über den Nutzen und Zweck der Gewerkschaftskartelle und empfahl der hiesigen Zahlstelle den Anschluß an das hierorts bestehende Kartell. Dieses wurde angenommen und die Kollegen Leidike, Drews und Bachert vorgeschlagen und letztere beiden gewählt. Der wichtigste Punkt betraf die Generalversammlung in Mainz. Der Vorsitzende Kollege Reinhold Schmidt machte auf den Zweck der Zusammenkunft der Vertreter der Tabakarbeiter aufmerksam und kam die Versammlung zu dem Entschlusse, den Zahlstellen des 9. Wahlkreises, Frankfurt a. O., Rißrin, Driefen, Birnbaum, Schwerin a. W., Kottbus, Dreßkau, den Kollegen Max Bachert als Delegierten zur Generalversammlung vorzuschlagen.

Bremen. Ein verspäteter Kassebericht. Von den gegen Ende März mit dem Lloyd-Dampfer Karlsruhe nach Australien aus-

gewanderten Cigarrenarbeitern geht der Bremer Bürgerzeitung ein Lebenszeichen zu, ein Brief, der am 2. Mai am Bord geschrieben ist und die merkwürdigen Spuren hohen Seeganges zeigt. Der in Abelaide abgestempelte Brief teilt mit, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen am Bord des Reichspostdampfers eine veritable Matinee veranstaltet und eine Resolution angenommen haben, in der sie der internationalen Sozialdemokratie unverbrüchliche Treue geloben. Möge es den Ausgewanderten in der neuen Heimat besser gehen als in der alten.

Konauerg. Am 18. Juni fand im Bergschlößchen eine Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung; 2. Verschiedenes. Leider war diese wichtige Versammlung nur von sieben Mitgliedern besucht. Es ist traurig, mit anzusehen, wie interessellos die Mitglieder hiesiger Zahlstelle sind. Darum rufen wir den Mitgliedern zu, zeigt mehr Interesse an eurer Organisation und besucht eure Versammlungen besser. Denn es ist traurig, mit anzusehen, daß von den über 100 Tabakarbeitern, die hier am Orte beschäftigt sind, nur einige 20 Mann dem Verbandsangehören und von den organisierten Kollegen nur sieben ganze Mann zur Versammlung kommen.

Kahla. Im Auftrage der Generalkommission und des Tabakarbeiterverbandes sprach Genossin Zieh-Hamburg während der letzten Woche in einer Reihe öffentlicher Gewerkschaftsversammlungen für den Tabakarbeiterverband kamen bis jetzt die Orte Frankenhäufsen und Kahla (S.-A.) in Frage. In Frankenhäufsen war die Versammlung sehr gut besucht und auch stark von Tabakarbeitern und Arbeiterinnen. Leider dürfen nach Schwarzburg-Rudolstädter Gesetz keine Minderjährigen an der Versammlung teilnehmen. Die Tabakarbeiter beiderlei Geschlechts sind hier sehr gut organisiert und ist es auch von längerer Zeit gelungen, durch eine Arbeitseinstellung die Löhne etwas aufzubessern, die allerdings auch heute noch äußerst niedrig sind. Hoffentlich gelingt es in Zukunft, durch die Macht der Einigkeit mehr Wandel zu schaffen. In Kahla war ebenfalls eine stark besuchte Versammlung, leider waren wenig Tabakarbeiter von Kahla anwesend, während von Nachhausen Kollegen den Stundenweiten Weg nicht scheuten hatten und zur Versammlung herübergekommen waren. Die Verhältnisse an beiden Orten, wo keine Hausindustrie ist, zeigten, daß weit leichteres Arbeiten für die Organisation ist, wo die Heimarbeit, diese Hauptdomäne kapitalistischer Ausbeutung, fehlt.

Briefkasten der Redaktion.

N. 2., 26. Wahlkreis. Solche Erklärungen werden am besten brieflich von den Kandidaten eingeholt. Wir können doch im Blatt nicht Erklärungen von jedem Kandidaten bringen.

Veranstalt.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: Hamburg-Uhlenhorst, Mozartstr. 5, I.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen:	
Aktm	300.—
Gedemüden	100.—
Summa	400.—

Sterbekasse:	
Wandsbeck	150.—
Barmbeck	61,50
Summa	211,50

Zuschüsse an die Ortsvereinigungen:	
St.-Jürgen	75.—
Wandsbeck	150.—
Barmbeck	100.—
Neustadt	75.—
Birna	200.—
Summa	88,80

Hamburg, den 25. Juni 1900. **S. Otto.**

Geigetreten sind: In Barmbeck: A. Müller aus Altona. Ahr.: J. Niemann, Kollstraße 14, I. Braunschweig: S. Streif aus Braunschweig, Aug. Bome aus Hildesheim. Ahr.: E. Burgold, Neue Knochenauerstraße 38. Dresden: Frau Martha Claus aus Seibau bei Wangen, Fr. Bertha Gängler aus Altdorf. Ahr.: R. Richter, Helgolandsstr. 3, II. Meusburg: A. Paulsen aus Mittelbart. Ahr.: B. Fuchs, Johannisstraße 26. Gr.-Aueheim: Wilhelmine Lober aus Gr.-Aueheim. Ahr.: C. Reuß, Lange Straße 28. Kauen: P. Langner aus Marinau (3. 4. R. 2. R.). Ahr.: R. Depczynski, Lindenstraße 9. Ogersheim: R. Heller, Rosa Rothnagel aus Seefen a. S. Ahr.: Karl Jesser. Orsoy: C. Pannentock aus Amerfort (Holl.). Ahr.: Math. Zewald. Osterode a. S.: F. Holzappel aus Nordhausen, Wilhelmine Rädcl aus Freiheit, Fr. Dora Fuchs (3. R.). Ahr.: A. Stih, Freiheit 28. Rixdorf: D. Heider aus Hainerode. Ahr.: P. Gopinier, Lessingstraße 34. Süßlengern: A. Buchholz aus Bischofshagen. Ahr.: H. Sandrol, Kirchweg Nr. 53. Verben: Joh. Stünker aus Langwedel. Ahr.: E. Heinrich, Neumühlener Weg 1. Hauptkasse: S. Freisen aus Nigge. Hamburg, den 25. Juni 1900. **S. Leuz.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Joh. Germ. Junge, Vorsitzender, Bremen, St. Jürgen-Str. 53.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Martinistraße 4, II.

Für den Anschlag bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meiser, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Bezüglich der zur Generalversammlung zu stellenden Anträge sei darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen Anträge in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden, die längstens bis zum 28. August eingereicht sind.

Das auf den Namen Heinrich Niennaber lautende Buch Ser. II, 21428, ist als verloren gemeldet, im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzuliefern.

Die in Nr. 24 befindliche Bekanntmachung bezüglich des Paul Langner aus Breslau bedarf insofern einer Richtigstellung, als die angegebene Buchnummer die des alten, von Reiseunterstützung vorgeordneten Buches ist. Die Nummer des neuen Buches ist Ser. II, 21893.

Das Mitglied Wilh. Kroll aus Schönlanke, Buch Ser. III, 2555, hat in Schwepnitz 54 Pfg. Reiseunterstützung zu wenig erhalten. Dieser Betrag ist dem Kroll nachträglich einzuhändigen und ein entsprechender Vermerk im Mitgliedsbuch zu machen.

Die Bevollmächtigten und auch sonstigen Kollegen, die die Adresse des Aug. Laugsch früher in Miloslaw kennen, werden ersucht, uns dieselbe mitzutheilen.

Nach § 8 sind gestrichen: 1. Martha Selke, 2. Bertha Fiebiger, 3. Marie Fiebiger geb. Henk aus Striegau, 4. Luise Jendryschek aus Langenbielau.

Der Vorstand. Vom 20. bis 26. Juni 1900 sind folgende Gelder bei mir eingegangen: A. Verbandsbeiträge: 19. Juni. Weichold 15.-, Moringen 20.-, 20. Brenzlau 100.-, Dresden 200.-, Biefed 200.-, Trier 82.10, 24. Schmidt a. D. 100.-, Hamburg 300.-

B. Für Annoncen: 24. Juni. Rheinfelden, J. Straße in Nr. 26 d. Tab.-Arb. -50. C. Für internationale Marken: 24. Juni. Hamburg, H. Schmidt -80. D. Freiwillige Beiträge: 18. Juni. Lauenburg, Chr. Kunkel, Genossenschafts-Fabrik 33.50, Cottbus, W. Vogel, 7. Rate, für Finsterwalde 10.-, 19. Beelitz, A. Wulz, 1. Rate, für Finsterwalde 5.-, 20. Brielitz, R. Lindner, für Finsterwalde 14.15

Der Vorstand sind ernannt: Für Erfurt: Louis Leiste als 2. Bev., Für Oranienbaum: B. Fahrig als Vertrauensmann, Für Baderberg: Karl Wegemann als 1. Bev., Emil Dobritz als 2. Bev., Robert Glemisch, Ottomar Kling als Kontrollleure, Für Sommerfeld: Oswald Pohl als Kontrollleure, Für Spandau: Karl Bernstein als 1. Bev., Für Tschern: Franz Heim als 2. Bev., Heinrich Wittschke als 3. Bev., Für Trier: Joh. Müller als Kontrollleure, Für Weisenfels: Robert Scheel als 1. Bev.; Wilhelm Wenzel als Kontrollleure.

Provisorisch aufgenommen sind: Luise Städter, Pauline Hampel, Pauline Klein, Ernestine Heidersbach aus Striegau, Theresia Schönfelder geb. Striepel aus Biela (Kr. Tetschen in Böhmen), Emilie Neumann geb. Fests aus Wolmsdorf (Kreis Volt), Theresia Reinolt aus Walbed (Osterr.-Schl.), (302) Karl Lauerwald, Franz Giesemann, Simon Sillwald, Fritz Wültemeyer, Theod. Mayer aus Rehme. (289) Otto Holtz aus Altona. (249) Joh. Stoffmehl aus Mündelheim, Gertrud Stoffmehl geb. Schmidt aus Prastitz (beide z. N.), Joh. Albert Neumann. (83) Hugo Feinle aus Brielitz. (118) Otto Unger, Karl Dahms aus Schwedt a. D. (335) Karl Hunold aus Niederstadt, Bernh. Brüggemann aus Linden, Louis Grethe aus Wobden. (139) D. Schultze aus Speitz (z. N.). (305) Ernst Waf aus Hoya (z. N.), Gust. Schönwald aus Schreinert (Kreis Schmerin), Herm. Heinrich Kleinbrandt aus Wallenbrück. (34) Arthur Boigt aus Braunschweig, Adolf Lafr aus Oberweier. (336)

Emma Geisler geb. Schneiderheine aus Leisnig. (199) Jakob Burger aus Gräfenhainichen, Konrad Wetz aus Breslau, Anna Bethäuser aus Rosbach. (106) Ida Kufte aus Rosenau. (122) Anna Wellmann aus Sandhausen, Katharina Greiff aus Biegelhausen. (435) Heinrich Michaelis aus Stettin, Emil Döbberig aus Löbau, R. Ernst Görner aus Lomnitz, Albert Finster aus Bismitz, Ernst Schernich aus Reichenbach, Oskar Emil Belgand aus Döbra. (291) Marie Boigt geb. Rüdiger aus Halle, Anna Schade geb. Buschalla aus Oppeln. (162) Nathan Türl aus Brestur (Ungarn). (307) Willy Paust aus Seefen. (164) Karl Baer aus Bries (z. N.). (361) Albert Wilh. Carl aus Orlamünde. (244) Joh. Ganten, H. Sewalt, L. Leenders aus Nymegen, Joh. van Dintger aus Utrecht, Friedr. ten Borde aus Deventer (Holland), Wilh. Gorjken, Theod. Kadbauer, Feinr. Beutel, Clemens Klüber aus Cleve, Herm. Speelmanns aus Betten, Lorenz Rattmann aus Geldern, Joh. Driesen, Aug. Kuloß, Feinr. Verhoben, Robert Tempel, Friedr. Reichert aus Nees. (258) Franz van Grünigen. (49) Joh. Graf aus Arnheim, Otto Otten aus Nymegen, Berend Bekers aus Rotterdam. (91) Georg Trinker aus Weinsberg, Karl Löcherer aus Heilbrunn. (150) Etwasge Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In Augsburg: In J. Wagners Wirtschaft zur Brühlbrücke, Am Graben, G. 315. In Duisburg: Bei Ludwig Wöser, Unterstraße 75. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-1 Uhr mittags. In Osnabrück: Vom 1. Juli ab im Lokale des Herrn Metzmeier, Johannisstraße 45, Centralverkehr. Von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. In Tschern: Bei Franz Heim, Zeiger Str. 7. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-2 Uhr mittags. In Weisenfels: Bei Scheel, Saalstraße 17, im Laden, von früh 8 bis abends 6 Uhr. In Wiesek: Bei Gastwirt Balthasar Wader. - Das Auflassen von der Fabrik ist nicht gestattet.

Adressenänderungen:

Für Cönnern: Der 1. Bev. Aug. Lübeck wohnt jetzt Große Freiheit 21. Für Erfurt: Der 1. Bev. D. Wiesen wohnt jetzt Blücherstraße 45, II. Für Sommerfeld: Der 1. Bev. Jul. Hoffmann wohnt jetzt Schloßstraße 64. Für Speier: Der 1. Bev. Karl Gemming wohnt vom 1. Juli ab Rammertstraße 42, II.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, beachtet Euerer Versammlungen zahlreich!) In Bischofswerda-Ottendorf: Sonntag den 8. Juli nachmittags 2 Uhr Zusammenkunft in der Grünen Tanne. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. 3. Generalversammlung etc. - Beiträge sowie etwaige Reste sind bis zum 30. Juni zu begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bielefeld: Sonntag den 8. Juli vormittags 11 Uhr bei Herrn Kahl. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 3. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Braunschweig: Montag den 2. Juli abends 1/9 Uhr in Stadt Lüneburg, Wendenstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrollleure. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Bremen: Sonntag den 1. Juli nachmittags 4 Uhr im Vereinshaufe, Pantenstraße 21/22. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Die Bedeutung der Gewerkschaftsartikelle. 3. Anträge zur Generalversammlung. 4. Angelegenheit der Firma Havelohl. 5. Erledigung von Anfragen und Mitteilungen. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Bünde: Sonnabend den 7. Juli abends 9 Uhr im Lokale des Herrn Schaff. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Eilenburg: Montag den 2. Juli abends 8 Uhr in Klüges Lokal. Tagesordnung: 1. Wahl der Vororkommission. 2. Aufstellung eines Delegierten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Gaffelt: Donnerstag den 5. Juli abends 1/9 Uhr bei Lünzmann. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 3. Anträge zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Herford: Sonntag den 8. Juli vormittags 1/11 Uhr bei C. Brennecke, Brüderstraße. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Hildorf: Sonnabend den 30. Juni abends 6 Uhr. Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Wie stellen wir uns zur Arbeitslosenunterstützung. 4. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Lemgo: Sonntag den 8. Juli nachmittags 2 Uhr bei Gastwirt Georg Lübe, Breite Straße. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Lippstadt: Sonnabend den 30. Juni abends 1/9 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Beratung der Statuten und Anträge zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Münchhof: Sonntag den 1. Juli nachmittags 4 Uhr im Gasthof des Herrn Wilhelm Weyer. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Trebbin: Sonnabend den 30. Juni abends 1/9 Uhr im Gesellschaftshause. Tagesordnung: Beisprechung über ein zu veranstaltendes Sommervergnügen. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Wattencheid: Sonntag den 1. Juli bei Th. Kühnen (Gasthof zur Erholung). Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Emmerich. Die restierenden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge zu entrichten, indem Abrechnung stattfindet. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Geldern. Den restierenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß die fälligen Beiträge zu entrichten sind, widrigenfalls nach Statut verfahren wird. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Pymont. Sonntag den 8. Juli vormittags von 9-10 Uhr sind die Beiträge von den nach hier steuernden Kollegen zu entrichten und ist die Wahl des Delegierten vorzunehmen. Als Kandidat ist Joh. Anderer aus Lemgo aufgestellt.

Duisburg. Sonnabend den 7. Juli abends 1/9 Uhr Öffentl. Versammlung der Tabakarbeiter u. Arbeiterinnen im Lokale des Wirtes Ludwig Wöser Unterstraße 75. Tagesordnung: 1. Der Kampf ums Dasein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referentin: Frau Zietz aus Hamburg.

H. Edling, Tabakhandlung, Bremen empfiehlt Sumatra-Decker per Pfd. 1.10, 1.20, 1.30, 1.50, 1.70, 1.80, 2.-, 2.10, 2.20, 2.30, 2.40, 2.50, 2.60, 2.80, 3.-, 3.20. Sumatra-Umblatt per Pfd. 1.10, 1.20. Sumatra-Blätter 0.90. Java-Decker per Pfd. 1.30, 1.40, 1.60. Java-Umblatt per Pfd. 0.75, 0.80, 0.85, 0.90, 0.95, 1.10, 1.20, 1.25. Brasil-Decker per Pfd. 1.60, 1.90, 2.-. Brasil-Anarbeiter per Pfd. 1.25, 1.30. Brasil-Einlage per Pfd. 0.90, 0.95, 1.00, 1.10, 1.15, 1.20. Havana-Decker per Pfd. 3.-, 4.-. Havana-Einlage per Pfd. 1.20, 1.70, 1.90. Carmen-Umblatt per Pfd. 0.75, 0.80, 0.85, 0.90, 1.-. Domingo-Umblatt per Pfd. 0.80, 0.90, 1.-, 1.10. Seedleaf-Umblatt per Pfd. 0.90, 1.-, 1.10. Losgut-Einlage und Umblatt per Pfd. 0.75, 0.80 (rein überseeisch). Preise verzollt. Versandt unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Rohtabak-Lager Altona-Ottensen Hengfoss & Maak. Sumatra-Deckblatt, pr. Pfd. 160-500 s, Umblatt 125-145 s, Java-Decke 200 bis 300 s, Umblatt 90-140 s, St. Felix-Brasil 95-220 s, Seedleaf 100-150 s, Carmen 100-110 s, Domingo 95-120 s, Losgut 85 s, Havanna-Umblatt und Einlage 200-300 s, Brasil, geschn., 85-100 s, Mexico 2.50-4.-, Elsässer 70-85 s. En gros. Rohtabak En détail. F. W. Helmecke, Magdeburg. Grosse Auswahl! Billigste Preise! Preisliste gratis und franko.

Rohtabak! Carl Roland, Berlin SO., Kottbuser Str. 3a empfiehlt nur wirklich brauchbare Tabake, als: Sumatra, per Pfd. 1.60 bis 4.50; Java 95 s; Anarbeiter 1 u. 1.10; reines Umblatt 1.30; Carmen 1.15; Brasil zu verschiedenen Preisen. Alle anderen Tabake, nur gesunde Ware, zu billigsten Preisen. Prompte und reelle Bedienung. Versuch lohnt.

Ein junger, verheirateter Cigarrenmacher sucht bald Stellung, am liebsten wo Widel geliefert werden. Fritz Schmaß, Cölkeda, am Weimarschen Thor. 3 tücht., solide Cigarrenarbeiter suchen dauernde Stellung, am liebsten wo Widel geliefert werden. Adresse: Friedrich Rohmann in Elz bei Limburg a. Lahn.

Ein Sortierer, der auch Cigarren macht, sucht Stellung. Gleichzeitig ist selbiger auch bereit, sich mit einem kleinen Geschäft als stiller Teilhaber in Verbindung zu setzen. Gefl. Offerten an die Expedition des Tabakarbeiters unter 100.

Tücht. erfahrener Parteigenosse 28 Jahre alt, ledig, der einige Jahre eine mittlere Cigarrenfabrik selbständig leitete sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, anderweitig ähnliche Stellung. Gefl. Off. u. S. Q. 100 a. d. Exped. d. Bl.

Junger Sortierer sucht baldigst Stellung. Offerten unt. F. T. 99 postlagernd Freiberg.

Junger, tücht. Cigarrenmacher sucht anderweitig Stellung, am liebsten wo Widel geliefert werden. Offerten erbeten an A. Kästner, Verga a. d. Elst.

Ein Sortierer, der Widel und Cigarren machen kann, sucht bis Mitte Juli dauernde Beschäftigung. Offerten unter Angabe des Lohnes sind an die Exped. d. Bl. u. K. H. 1 zu richten.

Ein zuverlässiger, verheirateter Cigarrenarbeiter sucht dauernde Stellung. Offerten unter L. 18 an die Expedition d. Blattes erbeten. Gut erhaltene Formen zu kaufen gesucht; Façon: schräges Kegelel oder mittel Kneifer, sowie gebr. Cigarrenband. S. Grieser, Lemgo, Lippe.

Die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Cigarrenarbeiter Heinrich Rehders, zuletzt in Rauen, befindet, werden ersucht, mir dessen Adresse zukommen zu lassen. Porto vergütet. August Hönß, Gasthaus Rauen Lindenstraße 19.

Fritz Goldenbaum bitte dringend um Deine Adresse. J. Strube Rheinfelden (Schweiz).

Gustav Winkler genannt Weher aus Döbeln sende mir sofort Deine Adresse. Ich bitte die Bevollmächtigten und Kollegen, in dessen Bereich Vorgenannt sich befindet, mir sofort Nachricht zukommen zu lassen. Porto wird vergütet. Der Bevollmächtigte in Altenburg. Aug. Kaffan aus Vöden, um Deine Adresse bittet. Hannover-Binden, Ungerstr. 10.

Ich erlaube den Cigarrenarbeiter Mizislaus Paluszkiw aus Posen, mir wegen wichtiger Angelegenheit seine Adresse zukommen zu lassen. Johann Rohde in Goslar Breite Straße 40.

Unserem Freund u. Kollegen Max Herchen zu seinem am 27. d. M. stattgefundenen Geburtstage die besten Glückwünsche. Die organisierten Tabakarbeiter in Forst i. Lauitz.

Unserem Freund und Kollegen Peter Wehrer nebst Braut zu ihrem am 2. Juli stattfindenden Hochzeitsfeste die herzlichen Glückwünsche. Die sechs Surenbrüder J. D., M. F., P. G., F. B., N. L., J. S., J. M.

Wünsche meinem Bruder Eberhard Pannekoek zu seinem am 1. Juli stattfindenden 28. Geburtstage ein kräftiges Lebehoch. Dein Bruder G. P. G. N., D. S., J. D. (Güter), W. R., G. M., S. G. (Krause), G. B., S. M., G. P., G. P., J. N., J. v. D., F. N., G. M. (Knöden).

Karl Rese, Bremen empfiehlt alle Sorten Rohtabake billigst. Wilhelm Bahdori aus Glas wird aufgefordert, dem Unterzeichneten beizugehen, die Angelegenheit sofort seine Adresse mitzuteilen. Die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Obgenannte befindet, bitte ich, mir Mitteilung zugehen zu lassen. Peter Gils, 1. Bevollmächtigter Ludau i. P., Nr. 9.

Unserem Kollegen Karl Olle nebst Braut zu ihrem am 1. Juli stattfindenden Hochzeitsfeste die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Götz a. M.

Codes-Anzeigen. Am 14. Juni starb plötzlich unser Kollege Fritz Steinbüchel aus Köln a. Rh. im 65. Lebensjahre. Leicht sei ihm die Erde. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen in Barch.

Am Dienstag den 19. Juni starb unser langjähriger Mitglied Albert Giesen an der Proletariatskrankheit. Leicht sei ihm die Erde. Die Mitglieder der Zahlstelle Bremen.

Am 21. Juni starb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied und Kollege Reinhold Müller aus Ohlau im Alter von 89 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Dresden.

Am 22. Juni starb nach zweitägiger Krankheit unser Mitglied Theresie Niesse aus Dresden im Alter von 33 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Dresden.

Am 22. Juni starb nach 14tägigem Leiden das Mitglied Joh. Schleeß aus Lemgo im Alter von 29 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Verden.

Am 22. Juni verschied nach eintägiger Krankheit an Herzschwäche das Mitglied, der Sortierer Karl Schäfer im Alter von 44 Jahren. Leicht sei ihm die Erde. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Lippstadt.

Briefkasten. E. G., Lemgo, Lippe 75 s - G. S., Rauen 60 s - E. L. 100 1 s - J. R., Goslar 50 s - W. G., Forst i. P. 50 s - G. Sch., Bismar 30 s - G. B., Dejon 70 s - W. P., Ludau ist frei. - G. B., Gera-Deichwitz 40 s - Surenbrüder, Burgburg 50 s - Götz a. M. 40 s. Berichtigung. Der Name des Insarates in Nr. 24 des Tab.-Arb. betr. Adressengesuch Oppeln soll nicht Anton Weizer, sondern Weizer heißen.